Verbesserte Familienunterstützung - kostenneutral

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **58 (2002)**

Heft 4

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-844442

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

VERBESSERTE FAMILIENUNTERSTÜTZUNG – KOSTENNEUTRAL

Familienpolitik wird eines der zentralen Themen des kommenden Wahlherbsts sein. Denn: Trotz enormen Kosten erreicht sie in der Schweiz ihre Zielsetzung nicht. Die vom Schweizerischen Nationalfonds geförderte Untersuchung einer Freiburger Forschungsgruppe formuliert neuartige Vorschläge, welche die bisherige Praxis in Frage stellen und zur Freude der Finanzverantwortlichen sogar kostenneutral wären.

Bernard Dafflon ist Professor für öffentliche Finanzen an der Universität Freiburg. Gemeinsam mit seinem Team erstellte er eine Bestandesaufnahme der verzettelten familienpolitischen Massnahmen wie Zulagen, steuerliche Erleichterungen, Subventionen für Betreuungsplätze, Mutterschaftsversicherung, Studienzuschüsse usw. Diesen Wirrwarr möchten die Freiburger streichen und durch eine einheitliche und auf Bundesebene zentral geregelte Familienordnung ersetzen. Dafflons Kommentar zum unbefriedigenden Ist-Zustand: "Das Gewirr von Massnahmen und die zahlreichen administrativen Praktiken haben die Unterstützungsbeiträge der Familien zu einem wahren Hindernislauf werden lassen. Deshalb muss unbedingt das Prinzip einer einheitlichen Anlaufstelle eingeführt werden."

Benachteiligung der Armen

Das gültige System mit seinen rund fünfzig Familienzulagenordnungen benachteiligt ausgerechnet Familien mit geringem Einkommen oder nahe an der Armutsgrenze lebende Familien. "Wegen den progressiven Steuersätzen zieht der heutige Abzug eine Steuersparmöglichkeit nach sich, die bei einem hohen Einkommen ebenso hoch ist, wie sie bei einem niedrigen Einkommen niedrig ist. Dies ist das Gegenteil einer gerechten Steuer."

Gesellschaftliche Dimension der Kinder

Wer Kinder aufzieht, nützt der Gesellschaft. "Das Vorhanden-

sein eines Kindes hat eine soziale Dimension; es ist eine verjüngende und dynamische Kraft der Gesellschaft. Die Familie erbringt der Gesellschaft durch die erteilte Grunderziehung ausserdem eine Leistung." Prof. Dafflon plädiert dafür, dass die Gesellschaft Familien in ihrer wichtigen Aufgabe unterstützt, denn Kinder sind nicht nur kostbar, sondern auch teuer.

Grundentschädigung gefordert

Die direkten Kosten eines Kindes werden auf rund 18'000 Franken jährlich veranschlagt. Die Freiburger Forscher schlagen eine einheitliche Grundentschädigung für alle Familien vor. Diese soll monatlich 500 Franken, d.h. ein Drittel der von der Familie getragenen Kosten, betragen. Vergleichbare Beiträge wurden in den Debatten der eidgenössischen Räte bereits vorgeschlagen. – Familien die sich aufgrund der Geburt oder des Vorhandenseins von Kindern in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen befinden, sollten zusätzliche Unterstützung erhalten, wie es sich bei den Ergänzungsleistungen der AHV oder beim "Tessiner Modell" bewährte.

Mutterschaftszulage für alle Mütter

PROF. BERNARD
DAFFLON
UNIVERSITÄT
FRIBOURG
MISÉRICORDE
1700 FRIBOURG
TEL. 026 300 82 69

Die Studie empfiehlt ferner eine Mutterschaftszulage für alle Mütter, seien sie angestellt, selbstständig erwerbend oder nicht erwerbstätig. "Wenn man davon ausgeht, dass die Mutterschaft ebenfalls eine soziale Dimension darstellt, vor allem vom demographischen Standpunkt aus gesehen, besteht kein Grund, diese Leistung vom beruflichen Status abhängig zu machen," glaubt Bernard Dafflon. Nicht erwerbstätige Mütter kämen in diesem System in den Genuss einer Minimalrente, ähnlich der AHV-Minimalrente. Für Berufstätige würde eine zusätzliche Versicherung den Erwerbsersatz während 14 Wochen garantieren.

Finanzierung

Den Freiburgern geht es nicht darum mehr auszugeben, sondern die vorhandenen Mittel besser einzusetzen und sie anders – gerechter - zu verteilen. Deshalb empfiehlt die Studie, individuelle Subventionierungen von Krippen, Mahlzeiten in den Schulen und ausserschulischen Betreuungsplätzen (abgesehen

vom Grundbetrag) zu streichen. Betreuungsangebote sind nach Ansicht der Freiburger daseinsberechtigt, doch sind sie zum Selbstkostenpreis abzurechnen. Steuerliche Abzüge für Kinder sind aus den oben erwähnten Gründen abzuschaffen. "Wenn diese Abzüge abgeschafft werden, hätte der Staat mehr Mittel zur Finanzierung von höheren Zulagen."

(Quelle: Informationsdienst SNF)

FRAUEN- UND MÄNNER-WELTEN IN DEN ÖFFENTLICHEN MEDIEN

Der Publikumsrat der Radio- und Fernsehgesellschaft DRS und der Radio- und Fernsehgenossenschaft Zürich RFZ traf sich anlässlich seiner letzten Sitzung im Jahr 2002 mit Programmdirektor Adrian Marthaler, Chefredaktor Ueli Haldimann und Kulturabteilungsleiter Iso Camartin. Diskutiert wurden Beobachtungen ausgewählter Sendungen: Wie frauen- und männergerecht ist das Angebot unserer öffentlichen Medien? Ein Thema, das gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen von besonderer Aktualität ist.

Publikumsräte/-rätinnen berichteten den Medienvertretern paarweise von ihren Erfahrungen und stellten Fragen wie: Werden Sichtweisen und Verhalten von Frauen und Männern sowie vor allem deren Hintergründe wiedergegeben? Wie sieht es mit Unterbrechungen in Gesprächen aus? Vorweg die knappe Schlussfolgerung: Teilweise kommen Lebenswelten von Frauen und Männern ausgeglichen vor, teilweise werden Rollenklischees transportiert, teilweise die männliche Sichtweise einseitig dargestellt. Hintergründe bleiben weitgehend unreflektiert und unerklärt.

Geschlechtsneutrale Sprache

Offensichtlich bemühen sich unsere Sender um eine neutrale Sprache und wenden sich an "Schweizerinnen und Schweizer", es gibt interne Richtlinien für die sprachliche Gleichstellung. Es